

„Die Taliban lachen über uns“

Der Regensburger Afghanistan-Experte Reinhard Erös über die Aufnahmeprogramme für Ortskräfte und die Abschiebung von Straftätern

Regensburg. Der frühere Bundeswehroberst Reinhard Erös gilt als ausgesprochener Afghanistan-Experte. Seit 1998 betreibt er die Kinderhilfe Afghanistan, die in den Ostprovinzen des Landes Schulen, Waisenhäuser und Ausbildungszentren baut und unterhält.

Diese Woche landete ein Flug mit 155 Afghanen an Bord in Deutschland. Wie haben Sie die deutsche Debatte über Afghanistan im Bundestagswahlkampf wahrgenommen?

Reinhard Erös: Das Thema Afghanistan war kaum präsent. Es gab Anfang des Jahres den Bericht der Enquete-Kommission, der kurz für Aufmerksamkeit sorgte, aber schnell wieder verschwand. Bei der Bundestagswahl wurde Afghanistan dann vor allem im Zusammenhang mit Anschlügen in Deutschland erwähnt – meist von Tätern mit afghanischer Herkunft, die wegen Verbrechen vor den Taliban geflohen waren, seit Jahren in Deutschland lebten und vermutlich psychisch krank sind. Aber das Land selbst, die Taliban oder die politische Verantwortung wurden nicht thematisiert.

Wie bewerten Sie den Bericht der Enquete-Kommission zum Afghanistan-Einsatz?

Erös: Die wesentlichen Erkenntnisse darin decken sich mit dem, was ich schon kurz nach dem Nato-Abzug 2021 gesagt habe – unter anderem in einer Phoenix-Runde mit Journalisten. Für mich war klar: Der Afghanistan-Einsatz war von Anfang an ein Fehlschlag.

Wie sieht die deutsche Politik heute auf Afghanistan?

Erös: Afghanistan spielt in der deutschen Politik praktisch keine Rolle mehr. Weder Außenministerin Annalena Baerbock von den Grünen, die sich als feministische Außenpolitikerin verstand, noch die Entwicklungsministerin Svenja Schulze von der SPD waren überhaupt jemals selbst in Afghanistan. Die deutsche Botschaft in Kabul ist seit dem Nato-Abzug geschlossen – nur der Hausmeister ist noch da. Dabei gäbe es viel zu tun: Afghanistan hat die höchste Kindersterblichkeit und Millionen Hungernde. Wer dort helfen will, muss mit den Taliban reden – das ist Realität.

„Das Handgeld hält man in Afghanistan für absurd“

Es gab zuletzt wieder Abschiebungen nach Afghanistan. Wie wird das dort wahrgenommen?

Erös: In Afghanistan hält man das für absurd. Man schickt schwere Straftäter zurück und gibt ihnen noch ein „Handgeld“ von 1000 Euro mit. Die Afghanen lachen darüber. Auch, dass solche Leute in Deutschland im Gefängnis 100 bis 160 Euro pro Tag kosten, während man sie in Afghanistan für einen Bruchteil einsperren könnte, versteht dort niemand. Über den Täter von Solingen, der einen Polizisten ermordet hat, sagte mir ein ranghoher Taliban: Verurteilt ihn, aber schickt ihn zu uns, damit er die Haftstrafe in einem afghanischen Gefängnis verbüßt. In Afghanistan sind deutsche Gefängnisse eine Art Hotel.



Der Mediziner und Gründer der Afghanistan-Hilfe, Reinhard Erös, sowie seine Frau Anette an einer Schule, die von der Nicht-Regierungsorganisation gegründet wurde. Foto: Erös

Viele Afghanen versuchen nach Deutschland zu kommen. Wie wird das dort gesehen?

Erös: Wer es nach Europa schafft, gilt in Afghanistan nicht als Held, sondern als jemand, der sein Land im Stich lässt. Meinen über 1000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dort habe ich immer gesagt: Versucht nicht, nach Europa zu kommen. Bislang hat das auch keiner von ihnen gemacht. Wer in Afghanistan bleiben kann und helfen will, der bleibt. Aber klar: Ein junger Mann ohne Perspektive wird versuchen, nach Deutschland zu kommen – wenn er das Geld für Schlepper hat.

Wie groß ist der Unterschied zwischen dem Leben in Afgha-

nistan und den Sozialleistungen in Deutschland?

Erös: Ein afghanischer Flüchtling bekommt hier etwa das Zehnfache von dem, was ein durchschnittlicher Afghane in seiner Heimat zum Leben hat.

Wie sieht die wirtschaftliche Situation für Afghanen aus, die in ihrem Heimatland geblieben sind?

Erös: Wer überhaupt einen Job hat, verdient als Bauhilfsarbeiter oder Straßenarbeiter etwa fünf Euro am Tag – das sind rund 150 Euro im Monat. Die meisten haben aber keine feste Arbeit, sondern hangeln sich von Tagesjob zu Tagesjob, manche rutschen auch in die Kriminalität ab. Die Sozialleistungen in Deutschland sind fünf- bis zehnmal so hoch wie

das, was ein Afghane in seiner Heimat verdienen könnte.

Das deutsche Asylsystem basiert darauf, dass Menschen vor Krieg und Verfolgung fliehen. Trifft das auf Afghanen, die jetzt kommen, noch zu?

Erös: Der Krieg in Afghanistan ist seit drei Jahren vorbei. Es gibt keine Kämpfe mehr, und die Sicherheitslage hat sich im Vergleich zu den letzten zwanzig Jahren verbessert. Selbst der Drogenhandel, der lange ein riesiges Problem war, wurde von den Taliban fast vollständig unterbunden. Natürlich gibt es Einschränkungen und Probleme, aber die Realität ist: Viele Afghanen kommen nicht mehr aus Angst vor Krieg, sondern weil sie sich in Deutschland wirtschaftlich ein besseres Leben erhoffen. Übrigens: In dem Flugzeug kürzlich waren von den 155 Afghanen die wenigsten Männer, es waren hauptsächlich Frauen und Kinder. Probleme mit den Taliban hatten die in den vergangenen drei Jahren sicher nicht.

Deutschland hat sich verpflichtet, ehemalige Ortskräfte der Bundeswehr aufzunehmen. Ist das aus Ihrer Sicht gerechtfertigt?

Erös: Das ist eine große Ungerechtfertigkeit. Die Ortskräfte der Bundeswehr haben in Afghanistan zwischen 1000 und 2000 Euro im Monat verdient – das Zehn- bis Zwanzigfache eines afghanischen Soldaten, der für sein Land gekämpft hat und von denen eine große Zahl gefallen ist. Ortskräfte hatten außerdem kostenlose ärztliche Versorgung durch die Bundes-

wehr, konnten teilweise sogar Urlaub hier bei uns machen oder sich von deutschen Kameraden Geschenke mitbringen lassen. Aber um die einfachen Soldaten, die oft für einen Hungerlohn gekämpft haben, kümmert sich niemand. Das versteht in Afghanistan keiner – und ich ehrlich gesagt auch nicht.

„Ohne Ansprechpartner gibt es auch keine Hilfe vor Ort“

Was müsste Deutschland jetzt tun, um seine Afghanistan-Politik sinnvoller zu gestalten?

Erös: Erstens, die deutsche Botschaft in Kabul muss wieder eröffnet werden – zumindest mit einem kleinen Team als eine Art Konsulat. Die Taliban selbst wollen das. Ohne Ansprechpartner vor Ort gibt es keine Möglichkeit, Hilfe gezielt zu leisten. Zweitens: Deutschland könnte wieder in Bildung, Landwirtschaft und Gesundheitsversorgung investieren – genau wie früher, als wir in den 50er und 60er Jahren nachhaltige Projekte aufgebaut haben. Drittens: Wenn wir Einfluss nehmen wollen, müssen wir mit den Taliban reden. Sie haben sich in zwei Lager gespalten – in Hardliner im Süden und pragmatischere Minister in Kabul. Gerade in Bildung und Medizin gibt es Spielraum. Wenn keine Frauen mehr studieren dürfen, wird Afghanistan in zehn Jahren keine Ärztinnen mehr haben. Das verstehen selbst Taliban-Vertreter in Kabul, aber es redet eben niemand mit ihnen.

Interview: Christian Eckl